

# „Ein transparentes Verfahren sieht anders aus“

Bürger wenden sich in offenem Brief an Umweltminister Wenzel – und kritisieren auch den Kreis Hildesheim

VON SEBASTIAN KNOPPIK

**SARSTEDT.** Eine Gruppe von neun Bürgern aus Sarstedt hat sich wegen der geplanten Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks in einem offenen Brief an Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) gewandt. Sie kritisieren unter anderem das Verhalten des Landkreises, der seine eigene Stellungnahme im Rahmen des derzeit laufenden Planfeststellungsverfahrens nicht veröffentlichen will. In ih-

rem Brief fordern sie den Minister außerdem auf, sich dafür einzusetzen, dass die neue Salzhalde nur in dem Umfang und so lange zu genehmigen sei, wie es „zwingend erforderlich“ ist.

Die Kreisverwaltung hatte sich wie berichtet geweigert, ihre 52-seitige Stellungnahme zu veröffentlichen. Dezernent Helfried Basse hatte dies damit begründet, dass eine Veröffentlichung im Verwaltungsverfahrensgesetz nicht vorgesehen sei. Die Bürger aus Sarstedt kri-

tisieren nun dieses Verhalten. Die Betroffenen seien nicht zeitgerecht darüber informiert worden, „ob und welche Mängel in den von der K+S AG vorgelegten Planunterlagen festgestellt wurden. Entsprechende Informationen wären aber bei der Bürgerbeteiligung in den Gemeinden von Nutzen gewesen. Ein transparentes Verfahren sieht anders aus“.

Die Bürger aus Sarstedt fordern den Umweltminister außerdem dazu auf, sich

dafür einzusetzen, „eine neue Salzhalde nur in dem Umfang und nur für die Dauer befristet zu genehmigen, wie es nach Auffassung unabhängiger Gutachter zwingend erforderlich ist“. Außerdem verlangen sie von Wenzel unter anderem, eine Wiederinbetriebnahme nur dann zu erlauben, „wenn gewährleistet ist, dass von dem Betrieb keine Belastungen des Grundwassers und der Innerste ausgehen“.

Mit ihren Forderungen dürften die

Sarstedter bei Wenzel offene Türen einrennen. Der grüne Minister gilt als Gegner einer zusätzlichen Kalihalde in Giesen. Für seinen Kabinettskollegen Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) hingegen stehen die zu erwartenden 900 Arbeitsplätze im Vordergrund. Er sieht den Salzberg als unvermeidlich an. Letztlich wird die Frage, ob es eine neue Abraumhalde geben wird, wohl von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) entschieden werden.